

TRIBÜNE

Was ist eine «sozial gerechte» Politik?

Gastkommentar

von OLIVIER KESSLER

Fast alle politischen Parteien haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte dem sozialdemokratischen Credo angeschlossen, wonach die Politik für «soziale Gerechtigkeit» zu sorgen habe. Darunter versteht man das Gewähren sogenannter Anspruchsrechte, also etwa des Rechts auf fremdfinanzierte Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung. Keine grosse Partei in der Schweiz – geschweige denn in anderen westlichen Ländern – stellt den Sozialstaat prinzipiell infrage, die Parteien unterscheiden sich nur im Umfang der geforderten staatlichen Garantien. Mit politischen Massnahmen eine «soziale Gerechtigkeit» herzustellen, ist allerdings von vornherein unmöglich. Denn das Ergebnis wird weder sozial noch gerecht sein.

Sie ist nicht für alle gerecht, weil Gerechtigkeit etwas Subjektives ist. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen davon. In einer marktwirtschaftlichen Umgebung ohne Zwangseinflüsse des Staates verhandeln Individuen tagtäglich millionenfach darüber, was ihnen recht ist. Sie schliessen nur Verträge miteinander ab, wenn das Vereinbarte im Sinne aller involvierten Parteien ist. Aus Sicht aller Beteiligten ist dies «gerecht», weil es ihnen individuell passt.

Wenn Politiker nun allerdings ihrer Klientel Privilegien im Sinne einer «kostenlosen Leistung» verschaffen wollen, bedeutet dies notwendigerweise, dass jemand anders gezwungen werden muss, diese Leistung zu finanzieren oder ohne entsprechende Entschädigung zu arbeiten. Dies ist so, weil etwa Wohnungen und Medikamente nicht

Wer tatsächlich etwas zur sozialen Gerechtigkeit beitragen möchte, sollte sich für eine Entpolitisierung aller Lebensbereiche einsetzen.

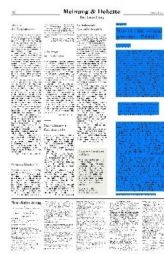
einfach so da sind, sondern von jemandem produziert werden müssen. Diese «Zwangsarbeit» und diese Enteignung werden vielleicht den Profiteuren recht sein, den Geschädigten jedoch nicht. Sie empfinden es als ungerecht. Eine Politik der «sozialen Gerechtigkeit» führt also je nach Standpunkt unausweichlich zu einer Ausweitung von Unrecht. Eine «sozial gerechte» Politik ist auch nicht sozial, weil letztlich kein sozialer Akt der zwischenmenschlichen Verhandlung stattfindet, wie es in einer freien Marktwirtschaft der Fall wäre – was zu aggressivem und daher asozialem Verhalten führen kann.

Wer tatsächlich etwas zur sozialen Gerechtigkeit beitragen möchte, sollte sich für eine Entpolitisierung aller Lebensbereiche einsetzen, damit sich wieder das durchsetzen kann, was Menschen friedlich und freiwillig miteinander vereinbaren, ebendas, was ihnen selber als gerecht erscheint. Auch jenen, die auf soziale Hilfe an-

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 87'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 18
Fläche: 38'107 mm²

Auftrag: 3005691
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 84318157
Ausschnitt Seite: 2/2

gewiesen sind, wird geholfen: Hilfeleistungen am Nächsten bedürfen keines Zwangs, sondern sind Ausdruck echter (da freiwilliger) Solidarität.

Fragt man die Menschen, ob sie es ethisch korrekt fänden, wenn einige das Recht hätten, sich als Menschen erster Klasse aufzuspielen und Menschen zweiter Klasse Gewalt anzudrohen oder anzutun, wenn sich diese nicht an das Diktat der Herrschenden hielten, so verneinen fast alle – ohne die Parallelen zum heutigen System zu erkennen. Die Dauerpropaganda in vielen Medien und an den Schulen hat es fertiggebracht, Unrecht als Recht darzustellen, indem solcherart scheinbar gerechtes Handeln mit einem behaupteten «Allgemeinwohl» schöngeredet wird. Man fühlt sich unweigerlich an den Ausspruch in George Orwells «1984» erinnert: «Krieg ist Frieden; Freiheit ist Sklaverei; Unwissenheit ist Stärke.»

Es scheint jedoch, dass viele – desillusioniert nicht zuletzt auch durch die irritierende Corona-Politik – mittlerweile erkannt haben, dass der Heiligenschein dieser Politik trügt. Der Bedarf an Alternativen ist gross, und die Zeit für liberale Aufklärungs- und Bildungsarbeit könnte reifer nicht sein. Denn das Verlangen nach einer humanen Gesellschaftsordnung ist so stark wie eh und je.

Olivier Kessler ist Direktor des Liberalen Instituts in Zürich.